

Friedensfrauen?!

Die UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit

Judith Conrads

Seit zehn Jahren bietet die UN-Resolution 1325 die völkerrechtliche Grundlage für einen geschlechtersensiblen und –gerechteren Umgang in der Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Die praktische Umsetzung ist jedoch bisher eher dürftig.

Vom hoffnungsvollen Start...

Als am 31. Oktober 2000 der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 (UNSCR 1325) verabschiedete, erkannte dieser damit zum ersten Mal die spezifischen und enormen Auswirkungen von Kriegen und Konflikten auf Frauen und Mädchen an und hob die Tatsache hervor, dass Frauen eine entscheidende Rolle in Konfliktprävention und Friedensprozessen spielen. Frauen sollen auf allen Ebenen an der Konfliktprävention und -bearbeitung und der Friedenskonsolidierung stärker beteiligt werden, auch in allen UN-Institutionen und -Missionen soll der Frauenanteil erhöht werden. Auswirkungen von bewaffneten Konflikten müssen speziell auf Frauen und Mädchen untersucht und in Friedensabkommen sowie allen Peacekeeping-Missionen der UN berücksichtigt werden. Auch lokale Friedensinitiativen von Frauen finden eine Beachtung. Die Forderungen und Empfehlungen richten sich in unterschiedlichem Maße sowohl an den UN-Sicherheitsrat selbst bzw. den UN-Generalsekretär als auch die Mitgliedsstaaten sowie die Konfliktparteien.

Als Folgeresolution wurde 2008 die UNSCR 1820 verabschiedet, in der sexualisierte Gewalt – auch durch UN-Blauhelme – als Kriegsverbrechen anerkannt und damit vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden kann. In zwei weiteren Resolutionen werden 2009 u.a. die Einstellung einer/eines Sonderbeauftragten gegen sexualisierte Gewalt und Maßnahmen zur bisher mangelhaften Umsetzung der Resoluti-

on 1325 gefordert. Als Reaktion hat der UN-Sicherheitsrat im April dieses Jahres einen Katalog mit 26 Indikatoren vorgestellt, um die Umsetzung der Resolution zu überprüfen.

...mit guten Ansätzen...

Frauen sind nicht per se friedfertiger als Männer. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen aufgrund ihrer sozialen Rollen im Krieg wie im Frieden andere Erfahrungen machen als Männer und sich daher öfter auf zivilgesellschaftlicher Ebene für Friedens- und Versöhnungsprozesse einsetzen. Dagegen fällt es Frauen innerhalb staatlicher Institutionen und der konventionellen Politik oft schwerer, Handlungsspielräume zu erschließen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Friedensprozesse, in denen Frauen offiziell involviert sind, erfolgreicher verlaufen als Verhandlungen, von denen Frauen ausgeschlossen sind. Mit der UNSCR 1325 werden Frauen erstmals als aktive Agentinnen im Konfliktmanagement anerkannt.

Die Einbeziehung der Geschlechterperspektive ist für die Konfliktanalyse unerlässlich. Denn die Geschlechterverhältnisse selbst spielen eine beträchtliche, häufig konfliktverschärfende Rolle. Bleibt der Blick auf die Geschlechterverhältnisse aus, so werden manche Konfliktauslöser bzw. -verstärker nicht berücksichtigt und halten weiter an. Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen etwa ist auch in der Phase der Friedenskonsolidierung ein weit verbreitetes Phänomen, wodurch sich der „Frieden“ für viele Frauen nur graduell vom Kriegszustand unterscheidet. In Guatemala z.B. ist seit Anfang der 2000er Jahre ein extremer Anstieg an Morden und Verstümmelungen an Frauen zu verzeichnen, die Praktiken aus dem 1996 offiziell beendeten bewaffneten Konflikt ähneln.

(Fortsetzung auf S. 4)



Pressekonferenz zur UNSCR 1325 kurz vor ihrer Annahme. Foto: Maluwa Williams-Myers/UN Photo



Afghanistan: Frauen in Bagram im Jahr 2009. Foto: Eric Kanalstein/UN Photos



Liberia: Frauen demonstrieren für Frieden. Foto: Eric Kanalstein/UN Photo

Diesmal

Castor-Betrachtungen
Brauchen wir die NATO?

Leitstern Liberia

Sudan: Einheit oder Teilung?

Bericht zum PAXX

Publikationen...

Castor-Betrachtungen

Liebe Leserinnen und Leser,

als Geschäftsführer des BSV nehme ich regelmäßig an den Blockaden des Castor-Transports im Wendland teil. Seit einigen Jahren haben wir dabei auch unsere Freiwilligen und dieses Mal auch eine Gruppe belarussischer AtomkraftgegnerInnen mitgenommen, damit sie einen Einblick in die Funktionsweisen gewaltfreien Widerstands erhalten. Das ist kein Zufall, denn im Konzept der Sozialen Verteidigung kommt dem gewaltfreien Widerstand eine Schlüsselrolle zu: Die Zivilgesellschaft wird zur vierten Gewalt des Staates. Gewaltfreier Widerstand wird zur Staatsbürgerpflicht, um die Demokratie zu verteidigen.

Daher ist es mir wichtig die Funktionsweisen und Weiterentwicklungen der Praxis gewaltfreien Widerstands zu beobachten und hier sind die Castor-Transporte eine Art Leistungsschau des Widerstands. Zahlreiche Gruppen bereiten sich teilweise jahrelang auf ihre Aktionen vor und die erfolgreichen Innovationen finden sich alsbald bei Widerstandsaktionen im ganzen Land wieder. So gab es auch dieses Jahr einiges zu beobachten, von dem ich hier kurz berichten möchte:

Backfire

Der politische Erfolg zivilen Ungehorsams lässt sich an zwei Effekten messen. Zum einen, frei nach „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, ein Unrecht real verhindern zu können. Oder wenn das wie bei konkreten Castor-Transporten unrealistisch ist, zumindest den Preis so hochzutreiben, dass vielleicht zukünftiges Unrecht verhindert werden kann. Dies gelingt vor allem dann, wenn die Gewalt der Gegner auf diese zurückschlägt. Brian Martin spricht hier in seinem von uns übersetzten Infoblatt von Backfire-Effekten, zu denen es kommt, wenn Gewaltakte nicht vertuscht oder durch Herabsetzung des Gegners (Chaoten!) legitimiert werden können. Ein aktuelles Anschauungsbeispiel für Backfire ist die öffentliche Reaktion auf den Polizeieinsatz in Stuttgart. 1997 gab es einen ähnlichen Effekt beim Castor, als die große gewaltfreie Sitzblockade von *X-tausendmal quer* mit brutaler Gewalt geräumt wurde, um den

Castor-Zeitplan einzuhalten. Ein Jahr später ließ Umweltministerin Merkel alle Castor-Transporte stoppen.

Sitzblockaden

Spätestens nach Stuttgart ist ein neuer, bis in die Polizei reichender, gesellschaftlicher Konsens entstanden, dass gewaltfreie Sitzblockaden nur gewaltarm durch Wegtragen (und Schmerzgriffe) geräumt werden dürfen. Vor allem *X-tausendmal quer* gebührt der Dank dafür, in den letzten fünfzehn Jahren durch ein klares Konzept, gute Organisation, Aktionsunterstützung, Training und Betreuung die Schwelle zur Beteiligung an Sitzblockaden so sehr gesenkt zu haben, dass Massensitzblockaden heute zunehmend Routine werden. Bemerkbar war dies vor allem bei *Widersetzen*, die mit gerade mal 15 Mitgliedern und geringem organisatorischen Aufwand eine Sitzblockade mit 5000 Menschen organisiert hatten.

Allerdings verhinderte die Polizei alle Backfire-Effekte, indem sie sich zwei Tage mehr Zeit ließ, um die zwei größten Sitzblockaden der Geschichte in aller Ruhe jeweils ab 2 Uhr nachts wegzuräumen. In Zukunft werden wir daher wohl noch deutlich häufiger und größere Sitzblockaden erleben. Beim Castor scheint das Konzept jedoch relativ ausgereizt, solange die Backfire-Sympathie eher den ausgepowerten PolizistInnen gilt.

Polizisten, reiht euch ein...

Denn obwohl viele PolizistInnen bis in die obersten Ebenen hinein gegen die Verlängerung der Laufzeiten waren und sich unter dem Schock des Stuttgarter Einsatzes auch deutlich gegen Polizeigewalt aussprachen, hatten diese „AtomkraftgegnerInnen in Uniform“ keine Probleme damit, den Atommülltransport durchzusetzen.

Allerdings hatten Protestierende, Politik und Kirchen die PolizistInnen auch nur



zur Gewaltfreiheit und nicht zur Befehlsverweigerung oder Drückebergerei aufgerufen. Es wäre spannend zu prüfen, ob sich durch direkte Appelle und Hilfsangebote, von juristischer Beratung bis Krankschreibung, nicht doch noch ziviler Ungehorsam in Uniform wecken ließe.

Schottern? Gewaltfrei!

Bleibe noch das Schottern, also der Versuch der massenhaften gewaltfreien Sabotage. Als neue Aktionsform gelang es ihr dieses Jahr weder die Strecke effektiv zu sabotieren, noch einen größeren Backfire-Effekt auszulösen, obwohl die Polizei mit brutaler Gewalt und allein 2000 Dosen Pfefferspray 900 Menschen verletzte. Der entscheidende Erfolg ist es jedoch, dass der Aktionskonsens trotzdem hielt und von den SchotterInnen keine Gewalt gegen PolizistInnen ausging. Auf dieser Grundlage lässt und wird sich die Methode gut weiterentwickeln. Es wird also wieder spannend ... beim nächsten Castor.

Björn Kunter

BSV-Jahrestagung 2011: Den Kreuzzug durchkreuzen – 10 Jahre „Krieg gegen den Terror“

Vom 18. bis 20. März laden wir zur Jahrestagung und Mitgliederversammlung des BSV nach Minden ein. 10 Jahre nach dem 11. September 2001 wollen wir gemeinsam Bilanz ziehen und nach Alternativen suchen. ReferentInnen sind Otfried Nassauer, Elke Steven, Stellan Vinthagen und viele mehr. Programm und Einladung finden sich auf der Webseite www.soziale-verteidigung.de

Glosse:

Brauchen wir die NATO?

Ute Finckh

Die NATO hat seit der Auflösung des Warschauer Paktes zum 1.7.1991 ein Problem – ihr ist der Feind abhanden gekommen. Steht sogar im neuen Strategischen Konzept: „Das Bündnis betrachtet kein Land als seinen Gegner.“ Ohne Gegner sinkt logischerweise die Gefahr eines Angriffs: „Heute lebt die euro-atlantische Region in Frieden und das Risiko eines konventionellen Angriffs auf das NATO-Territorium ist gering.“ Prima, da könnte die NATO sich ja auflösen – vielleicht im nächsten Sommer zum 20. Jahrestag der Auflösung des Warschauer Paktes, oder?

Weit gefehlt. Schließlich könnte es ja doch irgendwelche Länder geben, die aus heiterem Himmel eines der NATO-Mitgliedsländer bedrohen. An erster Stelle natürlich die üblichen Verdächtigen Iran und Nordkorea. Dass die (oder andere Länder auf der Welt) sich umgekehrt durch die NATO bedroht fühlen könnten und deswegen aufrüsten, ist aus Sicht der NATO völlig abwegig. Schließlich hat die NATO immer klar gemacht, dass sie Demokratie und Frieden verteidigt, wenn auch manchmal auf dem Balkan oder am Hindukusch und mit Waffen, die Angriffswaffen zum Verwechseln ähnlich sehen.

Und weil so klar ist, wer die Guten sind und wer vielleicht doch in irgendeinem Kontext die Bösen sein könnten, darf die NATO auch keinesfalls irgendwelche Waffensysteme aussondern. Auch nicht die noch in Europa lagernden taktischen Nuklearwaffen, weil Russland (offiziell als Partner geschätzt) ja auch welche hat, und zwar viel, viel mehr. Dass niemand, der einen Rest von Verstand hat, diese Waffen einsetzen würde, ist da völlig egal. Im Gegenteil, weil es irgendwo ja noch Böse auf der Welt geben könnte, plant die NATO, ein Raketenabwehrsystem aufzubauen. Russland wird eingeladen mitzubauen. Und China? Wundert sich irgendjemand, dass China aufrüstet?

Nun ist es ein bisschen schwierig, alleine damit, dass vielleicht doch jemand versuchen könnte, aus welchen Gründen auch immer, das größte Militärbündnis der Welt anzugreifen, zu rechtfertigen, dass von den NATO-Staaten noch drei-

Am 19./20. Februar 2011 soll in Hannover eine Arbeitskonferenz zu Perspektiven für Frieden und Entwicklung für Afghanistan stattfinden, auf der Organisationen aus dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit/humanitäre Hilfe und aus der Friedensbewegung gemeinsam darüber diskutieren wollen, wie der Krieg in Afghanistan beendet und mit zivilen Mitteln zu einem Friedens- und Entwicklungsprozess beigetragen werden kann.

Das Programm wird voraussichtlich Mitte Januar fertig gestellt sein und kann dann von der BSV-Webseite heruntergeladen werden.



Stoppt den Krieg in Afghanistan

stellige Milliardenbeträge pro Jahr für Rüstung ausgegeben werden (2009 z.B. gut 875 Milliarden US-Dollar). Also müssen neue Aufgaben her. Einsätze außerhalb des NATO-Territoriums z.B., egal ob mit oder ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates. In einer Rede, die NATO-Generalsekretär Rasmussen am 22.10. in Berlin hielt, versicherte er, es gäbe lauter gute Nachrichten aus Afghanistan und die NATO sei dort militärisch erfolgreich. Da stellt sich unwillkürlich die Frage, wie aus Sicht des NATO-Generalsekretärs schlechte Nachrichten und militärische Misserfolge aussehen.

Aber es gibt ja noch andere Probleme auf der Welt als islamistische Terroristen. Darum könnte sich die NATO schließlich auch kümmern, als da sind: Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Bedrohung durch terroristische Anschläge, Piraterie, Angriffe auf informationstechnische Infrastrukturen durch Viren, Würmer und Trojaner, Klimawandel. Und wenn wir schon mal dabei sind, gibt es auch noch Hunger, Flüchtlingsströme, Pandemien, Umweltprobleme und die internationale Finanzkrise.

Ist eigentlich logisch: Je mehr Geld für Waffen ausgegeben wird, desto weniger bleibt für Entwicklungshilfe oder die Erreichung der Millenniumsziele, je mehr Panzer, Kriegsschiffe und Jagdflugzeuge Manöver abhalten, desto höher wird der CO₂-Ausstoß – halt, nein, das hieße ja, dass die NATO nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist.

Also, noch mal von vorne. Was war für alle Länder, die Atomwaffen besitzen, der erste Schritt auf dem Weg zur Atommacht? Der Bau von Atomkraftwerken. Also haben die NATO-Staaten doch sicher beschlossen, dass sie ab sofort keine Nukleartechnologie mehr an Dritte liefern. Äh, nein, das war gar nicht Thema beim NATO-Gipfel. Weil, also, es gibt zivile und militärische Nutzung der Atomtechnologie, und die eine ist gut, und die andere ist böse, also natürlich ist die eine nur gut, wenn sie von der NATO und ihren Verbündeten und Partnern verwendet wird, und wenn die Bösen die zivile, also die gute, Atomtechnik nutzen, also, dann ist es auch böse. Und deswegen hat Stuxnet auch iranische Atomanlagen angegriffen, weil der Iran ja böse ist und die deswegen auch böse sind, nicht nur die Urananreicherungsanlage, sondern auch das Atomkraftwerk, und deswegen brauchen wir die NATO, denn die soll verhindern, dass jemand Atomkraftwerke mit so was wie Stuxnet angreift, aber nur, wenn es gute Atomkraftwerke sind. Also, das iranische Atomkraftwerk wird von der NATO natürlich nicht geschützt, denn das ist ja böse, und deswegen kann es gut sein, dass Stuxnet sogar aus einem NATO-Land... Aber das wollen wir lieber gar nicht so genau wissen.

Also, fassen wir zusammen: Wir brauchen die NATO, weil... weil... weil wir sie eben brauchen.

(Fortsetzung von S. 1)



Sudanesische Frau, die vom Krieg vertrieben wurde, sucht Schutz. Foto: Tim McKulka/UN Photo

...und einigen Haken...

Wenn auch durch die Geschlechterperspektive eine wichtige Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenswelten von Frauen und Männern stattfindet: Die darin verborgenen strukturellen Ursachen von Geschlechterungleichheit werden durch die Resolutionen nicht genügend beachtet. Gerade Friedensprozesse sind von großer Bedeutung für eine Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse, da hier die Friedensbedingungen und der Zugang zu Macht und Ressourcen neu organisiert und verteilt werden. Sonst bleiben die Machthierarchien zwischen Frauen und Männern und gewaltsame Systeme patriarchaler Dominanz auch im vermeintlichen Frieden bestehen.

Scurril wird es für Friedensbewegte, wenn sie mit der Unterstützung der Resolution partizipative Friedensprozesse fördern wollen, die zivile Konfliktbearbeitung und Abrüstung weltweit zum Ziel haben, gleichzeitig aber auch die Einbindung von Frauen bei Militäreinheiten propagieren sollen, die aus pazifistischer Sicht generell abzulehnen sind. Als friedenspolitisches Instrument kann die UNSCR 1325 demnach nur wirksam sein, wenn die Komponenten der zivilen Konfliktbearbeitung verstärkt werden.

Auffällig ist, dass sexualisierte Kriegsgewalt gegen Männer und Jungen in keiner der Resolutionen erwähnt wird. Dass auch Männer Opfer dieser Gewalt und damit schwach, verletztlich und schutzbedürftig sind, ist wohl ein noch zu großes Tabu. In der jetzigen Fokussierung bleiben die alten Rollenver-

teilungen und damit Machtstrukturen unangetastet: Frauen sind die passiven Opfer, Männer die aktiven Täter. Gender wird, wie so oft, mit Frauen gleichgesetzt.

...trotz eines schwachen Verlaufs...

Von einer erfolgreichen Umsetzung der UNSCR 1325 und ihrer Folgeresolutionen kann leider keine Rede sein. Einen teilweise größeren Fokus auf die Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten kann man in Öffentlichkeit und Politik zwar ausmachen. Viele UN-Organe haben mittlerweile gendersensible Programme eingerichtet. Doch noch immer sind Frauen von Friedensprozessen ausgeschlossen, treffen Männer die Entscheidungen in der Sicherheitspolitik, werden Frauen Opfer sexualisierter Kriegsgewalt.

Das wird schon durch die Beschaffenheit der Resolution begünstigt, die keine konkreten Ziele in Form von Quoten oder Zeitfenstern formuliert. Auch ist kein Monitoringsystem vorgesehen, welches die Umsetzung überwacht, von Sanktionen ganz zu schweigen. Hier könnten Nationale Aktionspläne (NAPs) Abhilfe schaffen, die konkrete Umsetzungsschritte und -ziele sowie ein Überprüfungs-system festlegen. Von den 192 UN-Mitgliedsstaaten haben jedoch bisher gerade mal 23 Staaten NAPs zur UNSCR 1325 erarbeitet. Deutschland zählt nicht dazu, hat es doch nach Meinung der Bundesregierung mit dem Aktionsplan Zivile Konfliktbearbeitung und dem zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen bereits zwei, die das Thema in ausreichender Form berührten.

Auch andere Zahlen sprechen für sich: In 24 Friedensverhandlungen seit 1992, die in einer UNIFEM-Studie von 2009 untersucht wurden, waren nur 2,4 Prozent der Mitunterzeichnenden weiblich. Nach Verabschiedung der UNSCR 1325 ist hierbei sogar noch ein Rückgang (von 4,1 Prozent auf 1,7 Prozent) auszumachen. Nur vereinzelt haben Frauen Leitungspositionen in UN-geführten Friedensmissionen inne. 2008 war dies für Liberia der Fall. Auf eine Frau Boutros-Ghali oder Mrs. Annan wartet man (und frau) bereits seit über 60 Jahren.

Geschlechtsspezifische Gewalt wird in zahlreichen Friedensabkommen noch nicht einmal erwähnt. In aktuellen Konflikten ist sie noch immer „alltägliche“ Kriegstaktik. Die anhaltenden sexuellen Gewalttaten in der DR Kongo zeigen keinen Fortschritt im Schutz von Frauen und belegen, dass auch die Präsenz von UN-Peacekeeping-Einheiten nicht automatisch hilft.

...hin zum Ziel?!

Von Geschlechtergerechtigkeit kann erst gesprochen werden, wenn die Hälfte aller Posten in den Parlamenten, in den UNO-Organen, an den Verhandlungstischen von Frauen besetzt werden. Vorübergehende Quotierungen können dazu verhelfen. Quantifizierbare Ziele und konkrete Indikatoren sind die Voraussetzung dafür, dass die Forderungen der UNSCR 1325 und ihrer Tochter-Resolutionen nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben. NAPs können dahingehend wirken, sie müssen jedoch mit konkreten Zeitvorgaben und Maßnahmen ausgestattet sein.

Um die Umsetzung der UNSCR 1325 adäquat zu überprüfen, braucht es ein speziell hierfür eingerichtetes Organ, innerhalb der für 2011 geplanten Abteilung UN-Women. Die 26 Indikatoren des UN-Sicherheitsrates können hierbei als Grundlage dienen, um etwa Berichte der Mitgliedsstaaten über die Umsetzung damit abzugleichen.

Dies sind nur einige Ansätze, wie aus der momentan noch eher zahmen Katze 1325 doch eine starke Löwin werden könnte.

Leitstern Liberia

Doch bis zur Verwirklichung aller Frauenrechte ist es noch weit

Tamasin Ford und Tecee Boley

14 Jahre Bürgerkrieg haben furchtbares Leid über die Frauen und Kinder des westafrikanischen Landes gebracht. Nach Angaben der UN-Mission in Liberia wurden mehr als 60 Prozent aller Frauen vergewaltigt, viele als Sexsklavinnen missbraucht.

Ein Sonderdezernat für den Schutz von Frauen und Kindern ist nun in allen 15 liberianischen Landkreisen präsent, um sich – auch im Sinne der UN-Resolution 1325 – solcher und anderer Verbrechen gegen Frauen anzunehmen. „1325 hatte eine enorme Wirkung“, meint die Vizepolizeichefin Bennetta Holder Warner. Liberia nimmt es ernst mit der völkerverbindlichen Resolution. So hat es als erstes afrikanisches Land einen Aktionsplan zu ihrer Umsetzung vorgelegt.

Liberia durchlebte zwischen 1989 und 2003 einen verheerenden Bürgerkrieg. Auf seinem Höhepunkt gründeten die Christin Leymah Gbowee und die Muslimin Asatu Bah Kenneth die „Liberia Mass Action for Peace“. Es gelang ihnen, Tausende von Frauen in den Straßen Monrovias zusammenzubringen. Sie überreichten ihre Forderungen dem damaligen Präsidenten Charles Taylor und trafen sich mit Rebellenführern, um diese zu Friedensgesprächen zu bewegen. Die Frauen mobilisierten Hunderte von Flüchtlingsfrauen in den Lagern von Ghana und brachten sie 2003 dazu, zum Haus der Friedensverhandlungen in Accra zu kommen. Sie verbündeten sich mit ihren Kolleginnen vom Manu River Women's Peace Network, die sich als Delegierte im Inneren des Gebäudes befanden. Sie blockierten mit einem Sit-in die Ausgänge und verbarrikadierten den Verhandlungsführern den Weg. Sie drohten ihnen, sie nicht mehr

hinauszulassen, bis sie ein Abkommen erreicht hätten.

Das war das Ende des Krieges. Zwei Wochen später wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet.

Danach halfen sie bei der Entwaffnung der Rebellen und kämpften für eine Frauenquote von 30 Prozent im Parlament. Ohne sie hätte Ellen Johnson-Sirleaf, die erste weibliche Präsidentin in Afrika, die Wahlen von 2005 nicht gewonnen. Gleich nach ihrer Wahl erließ „Ma Ellen“, wie sie überall genannt wird, ein scharfes Gesetz gegen Vergewaltigung. Eine ausschließlich weibliche UN-Polizeitruppe aus Indien ist für die Sicherheit in der Hauptstadt Monrovia und für die Rekrutierung von Polizistinnen verantwortlich.

Bis zur Umsetzung der UN-Resolution muss Liberia noch einige Hürden nehmen. Frauen und Mädchen vor sexuellen Übergriffen und Gewalt im Allgemeinen zu schützen ist Teil des Mandats. Doch gerade in den ländlichen Gebieten ist dies schwierig und den Betroffenen der Zugang zur Justiz weitgehend versperrt. Die Stigmatisierung und Diskriminierung der Frau in Liberia steht auch der Umsetzung der UN-Resolution 1325 im Wege.

„Doch es gibt soviel Grund zur Hoffnung“, sagt Vizepolizeichefin Warner. „Vor

dem Krieg saßen wir ausschließlich zu Hause bei unseren Kindern, jetzt leisten wir Polizeiarbeit“, sagt die leitende Beamtin: „Ich für meinen Teil sehe viele positive Entwicklungen.“ Tatsächlich haben Frauen Liberia ihren Stempel aufgedrückt. Mit der energischen Staatspräsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, die fest entschlossen ist, der UN-Resolution 1325 zum Durchbruch zu verhelfen, tut sich was in Liberia. So meint eine junge Polizistin: „Es gibt nichts, was wir nicht tun könnten. Wir können alles genauso gut wie Männer.“

Deutsche Bearbeitung: Karina Böckmann/IPS Inter Press Service Deutschland

Ungekürzte Fassung: www.visionews.net/de/leitstern-liberia-doch-bis-zur-verwirklichung-aller-frauenrechte-ist-es-noch-weit/

Visionews will den täglichen Nachrichten von Krieg, Gewalt, Armut und Elend weltweit etwas Hoffnungsvolles entgegenzusetzen: Unter www.visionews.net werden Erfolgsgeschichten und inspirierende Friedensvisionen von mutigen Frauen aus aller Welt, die Beispiele gelungenen Engagements erzählen, online veröffentlicht. Es gibt Regierungen, die die UN-Resolution 1325 ernst nehmen, und NGOs und Einzelpersonen, die herausragende Friedensarbeit machen!



Liberias Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf würdigt die UNSCR 1325. Foto: Paolo Filgueras/UN Photo

Sudan: Einheit oder Teilung?

Kathrin Vogler

Einheit oder Teilung? Für die meisten Menschen im Südsudan ist es kaum eine Frage, wie das Referendum am 9. Januar 2011 ausgehen wird. Die große Mehrheit wird wohl für die Abspaltung des Südens von der Republik Sudan stimmen. Das Referendum ist Bestandteil des „Umfassenden Friedensabkommens“ (CPA), das 2005 zwischen der Sudanesischen Regierung und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) geschlossen wurde, um mehr als 50 Jahre Bürgerkrieg zu beenden. Trotz logistischer Probleme und Verzögerungen bei der Vorbereitung kommt eine Verschiebung des Referendums für die Mehrheitspartei im Süden, SPLM, nicht in Betracht. Alle noch offenen Fragen zwischen Nord und Süd müssen bis zum Ende des CPA am 9. Juli geregelt werden. Dabei geht es z.B. um die Übernahme der Staatsschulden oder der Grenzverlauf auf 20 Prozent der Grenze, gerade dort, wo Öl und andere Rohstoffe im Boden liegen, etwa in der Provinz Abyei.

Als wir mit einer Gruppe von Abgeordneten den Sudan besuchen, merken wir schnell, wie gereizt die Stimmung vor dem Referendum ist. Beinahe täglich gibt es Gerüchte, auch in den Medien, über Einschüchterungsversuche, Truppenbewegungen im Grenzgebiet, Flüchtlingsströme oder gar militärische Angriffe. Nicht auszuschließen ist, dass der eine oder andere lokale Machthaber die Situation nutzt, um seinen Einfluss zu vergrößern. Auch, wenn alle politischen GesprächspartnerInnen einmütig betonen, sie wollten vor allem den Frieden und würden sich an das CPA halten, ist das Risiko, dass der Norden versuchen könnte, die Einheit militärisch zu erzwingen, oder die SPLA versuchen könnte, die noch offenen Grenzfragen mit Gewalt für sich zu entscheiden, offensichtlich. In Juba liefern sich schon achtjährige Schulkinder eine Massenschlägerei um die Frage „Einheit oder Teilung“.

Im Sudan gibt es eine reiche Landschaft gesellschaftlicher Organisationen und Bewegungen. Viele befassen sich mit der politischen Bildung und gesellschaftlichen Aufklärung, aber auch explizit mit der Verbreitung von Gewaltfreiheit, gerade jetzt vor dem Referendum.

In Yei, ganz im Süden, treffen wir auf AktivistInnen der christlichen Initiative „Reconcile“. Milka, Paul und Dele berichten von ihrer Trainings- und Mediationsarbeit. Vorwiegend arbeiten sie mit lokalen Führungspersonlichkeiten, die in dreimonatigen Kursen Erfahrungen mit der Kraft der Gewaltfreiheit sammeln. Milka: „Wir wollen sie dafür sensibilisieren, in einer traumatisierten Gesellschaft für Frieden und gewaltfreie Konfliktaustragung einzutreten.“ Sie erzählt etwa von einem typischen Konflikt, bei dem die Mitglieder eines Stammes die Frauen und Kinder eines Nachbarstammes entführten. Es kam dabei zu Toten und zu einem Rachefeldzug, bei dem 93 Frauen und Kinder ermordet wurden. Reconcile entschied sich, mit den Frauen beider Seiten zu arbeiten, weil sie die Hauptbetroffenen sind. In einem langen Prozess verabredeten die Frauen beider Stämme eine Versöhnungszeremonie abzuhalten. Milka: „Die Frauen haben alle Widerstände überwunden. Es war zum Heulen, als sie sich schließlich umarmt und einander ihre Babys anvertraut haben.“

Die Jugendorganisation CAPOR, ebenfalls in Yei angesiedelt, arbeitet nach dem Schneeballsystem. Diejenigen, die ein Training mitgemacht haben, laden andere zur Mitarbeit ein. Sie finden sich zu Gruppen zusammen, die gemeinsam Theater oder Puppentheater zu kritischen Themen in den Dörfern spielen. Es gibt Stücke zu Alkoholismus, häuslicher Gewalt, zu HIV/AIDS und jetzt natürlich vor allem zum Referendum. Außerdem arbeiten sie mit Plakaten, die von jungen KünstlerInnen im Auftrag entworfen wurden. Die Gemeinden teilen mit, welches Problem ihnen besonders gerade wichtig ist. Immer wieder geht es dabei um Gewalt, in den Familien, durch Milizen oder durch Kriminalität.

Zurück in Juba besuchen wir SONAD, Sudanese Organisation für Nonviolence and Development. Diese Organisation ist über den ganzen Sudan verbreitet und



Kathrin Vogler (r.) und Jan van Aken (2.v.l.) im Gespräch mit AktivistInnen von Reconcile .
Foto: Karin Desmarowitz

arbeitet mit multiethnischen Trainings für Gewaltfreiheit. Auch diese Organisation greift in ihren Aktivitäten immer wieder auf kulturelle Elemente zurück, wie Gesang, Theater oder Film. In einer Gesellschaft mit einer hohen Analphabetenrate spielen Geschichten und Lieder eine besondere Rolle.

SONAD wird von der Bundesregierung durch den Zivilen Friedensdienst unterstützt, zurzeit sind fünf Fachkräfte vor Ort – allerdings nur noch bis zum Ende des Jahres. Dann stellt der DED sein ZFD-Programm im Sudan ein. Gerade jetzt halten wir das für genau das falsche Signal.

Auf Einladung von SONAD ist Nonviolent Peaceforce im Südsudan mit gewaltfreier Intervention aktiv. Eines der Field Teams hat bereits einmal den Einsatz der Armee, der die Konflikte weiter eskaliert hätte, verhindern können. Auch hier ist das Thema Finanzierung brennend aktuell. Projektmanagerin Anna: „90 Prozent unserer Finanzen werben wir hier vor Ort ein. Das kostet viel Zeit und Energie. Wir könnten viel mehr tun, wenn wir die nötigen Mittel hätten.“

Eine Milliarde US-Dollar jährlich kostet in etwa die UN-Mission UNMIS mit 10.000 Soldaten. Doch die meisten Konfliktszenarien im Südsudan sind militärischer Krisenbewältigung durch diese Art von Kapitel-VII-Mission überhaupt nicht zugänglich. Initiativen wie die genannten sind es, die auf die Unfähigkeit von UNMIS zum Schutz der Bevölkerung vor Gewalt reagieren und die eigenen Kräfte der Gesellschaft zur Prävention und zum Eingreifen gegen Gewalt stärken. Mit nur einem Prozent des UNMIS-Etats könnten sie ihre Reichweite vervielfältigen.

Kathrin Vogler war 2002-2009 BSV-Geschäftsführerin, ist jetzt LINKE-Bundestagsabgeordnete und hat im November 2010 den Sudan besucht.

Gewaltfrei Leben gestalten

Persönlicher Kurzbericht zum PAXX Action Training

Stephan Brües

Vom 29. Oktober bis 1. November fand im Volkshaus Neckarau in Mannheim eine intensive und kreative Aktionskonferenz statt. Neben dem Hauptinitiator DFG-VK waren auch das Heidelberger Party-Kollektiv „Party & Activism“, die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden, das Friedensplenum Mannheim und der BSV aktiv beteiligt.

Die Idee war, frischen Wind in die Friedensbewegung zu bringen, neue und alte Aktionsformen einzuüben und mit friedenspolitischen Inhalten zu verknüpfen.

Kreativität wurde also groß geschrieben. An den Vormittagen wurden durchgehend Aktionsformen wie Ziviler Ungehorsam, Rebel Clowns, Straßentheater und Großpuppenbau angeboten. Tolle Clowns- oder Straßentheater-Trainer wie Captain Chameleon bzw. Anita Bertolani und Shiva Grings führten die teilnehmenden und super-motivierten jungen und älteren Akteure zu kreativen Höchstleistungen, die dann während der Aktion

am 1. November auch aufgeführt wurden. Ein echter „Hingucker“ waren die drei Meter hohen Schreibtischtöter, die unter der Anleitung von Larry Swingle an drei Tagen gebaut wurden.

Sie waren die direkte Umsetzung unserer Interpretation dessen, was auf dem Mannheimer Bundeswehr-Bildungscampus geschieht: Die Vernetzung von Militärverwaltung, Politik und Rüstungsindustrie macht die Einrichtung zu einem Hort von Schreibtischtätern und -töttern.

Einer der Anlässe, das PAXX Action Training durchzuführen, waren die für gewaltfreie AktivistInnen frustrierenden Ereignisse in Strasburg. Wie sollen Gewaltfreie mit Gewaltbereiten umgehen? In einem Workshop von Andreas Speck (War Resisters International) und Renate Wanie (Werkstatt) wurden die Akteure in der Polizei und bei den Demonstranten analysiert, um schließlich im Forumtheater (nach Augusto Boal) in einem konkreten Rollenspiel zu überlegen, wie man damit umgehen kann, wenn



Schreibtischtöter.

Foto: Stephan Brües

aus einer Demonstration heraus Steine geworfen werden.

Alle zeigten sich in der abschließenden kleinen Auswertungsrunde sehr zufrieden mit der Veranstaltung: tolle Leute kennengelernt, viel Spaß gehabt, neue MitstreiterInnen gefunden, klasse Essen. Fazit: eine kreative und ungeheuer Spaß machende Veranstaltung, die in jedem Fall wiederholt werden sollte.

IFGK: drei neue Publikationen

Arbeitspapier: Gewaltfreie Alternativen

Das Arbeitspapier Nr. 24 diskutiert Konzepte konstruktiver gewaltfreier Alternativen zu militärischer Gewalt. Zivile Konfliktbearbeitung umfasst alle Ansätze und Verfahren, Konflikte gewaltlos zu bearbeiten bzw. zu transformieren. Ziviles Peacekeeping ist eine Methode, konkreten Bedrohungen durch Gewalttäter entgegenzutreten. Bei gewaltfreiem Widerstand geht es darum, gesellschaftlichen Wandel durch gewaltfreie Mittel zu bewirken bzw. einen Zustand, der als Unrecht wahrgenommen wird, zu verändern. Soziale Verteidigung ist ein Konzept des Widerstands gegen einen militärischen Angriff oder gegen einen Putsch.

Christine Schweitzer (2010): Für eine Welt ohne Rüstung und Militär. Nachdenken über gewaltfreie Alternativen, IFGK AP 24, September 2010, 4,50 € plus Porto. Zu bestellen bei IFGK, Hauptstr. 35, 55491 Wahlenau, BMuellerIFGK@t-online.de.

Buch: Gewaltfreiheit trainieren

„Gewaltfreiheit trainieren“ ist ein wichtiges Praxisfeld in Friedenspädagogik, Sozial- und Umweltbewegungen. Das Buch ist hervorragend geeignet für Friedens- und Konfliktforscher, Aktive in Bewegungen und alle am Thema Interessierten. Es holt die Entwicklung wichtiger Strömungen mit ursprünglich gewaltfreien Visionen bis zu heutigen Kursen, Trainings und Ausbildungen in gewaltfreiem Konfliktverhalten ins Bewusstsein und lädt zur kritischen Diskussion ein. Im Fazit wird ein kritischer Blick auf die Entwicklung der Trainingsgeschichte gelenkt. Das Buch ist ein Plädoyer für eine Rückbesinnung auf Gewaltfreiheit als verändernde Kraft in politischen Konflikten und für eine neue, gewaltfreie Gesellschaft.

Achim Schmitz (2010): Gewaltfreiheit trainieren. Institutionengeschichte von Strömungen, Konzepten und Beispielen politischer Bildung. Vehrte: Sozio-Publishing, 448 Seiten, 24,80 €, ISBN 978-3-

935431-15-6. Zu bestellen über BSV, Sozio-Publishing oder Buchhandel.

Buch (englisch): Zivilgesellschaftliche Intervention im ehemaligen Jugoslawien

Die Studie von Christine Schweitzer beschäftigt sich mit den Interventionen zivilgesellschaftlicher Akteure in die Kriege im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren. Sie stellt weiterhin fest, dass es eine soziale Bewegung in vielen westlichen Ländern gab, die sich mit dem ehemaligen Jugoslawien befasste und die in bis dahin nicht gekannter Weise traditionelle Methoden des Protests und der Lobbyarbeit mit konkreter Arbeit vor Ort kombinierte.

Christine Schweitzer (2010): Strategies of Intervention in Protracted Violent Conflicts by Civil Society Actors. The Example of Interventions in the Violent Conflicts in the Area of Former Yugoslavia, 1990–2002. Belm/Osnabrück: Sozio-Publishing, 400 Seiten, 28 €, ISBN 978-3-935431-17-0. Zu beziehen über Sozio-Publishing oder Buchhandel.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019
info@soziale-verteidigung.de, www.soziale-verteidigung.de
Spendenkonto Nr. 89420814, Sparkasse Minden, BLZ 49050101
Redaktion und V.i.S.d.P. Björn Kunter, Gestaltung Kai-Uwe Dosch
Druck art & image Minden, Auflage 6500, Erscheinungsweise vierteljährlich
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe 1. Februar 2011



Praxishandbuch: No Blame Approach

Der sanktionsfreie Ansatz des No Blame Approach ist heute eine häufig angewandte Methode für die Bewältigung von vielschichtigen und diffusen Mobbing-Problematiken. Auf 221 Seiten findet sich alles zu Theorie und Praxis des No Blame Approach. Seit Anfang 2003 qualifizieren die AutorInnen zusammen mit dem Team vom No Blame Approach PädagogInnen in der Anwendung des No Blame Approach. Heike Blum, Detlef Beck, Praxishandbuch No Blame Approach, herausgegeben von fairaend, Köln 2010, 221 Seiten, 19,90 €

Poster: Mobbing – Hinschauen und Handeln!

Das von Joe Phillips wunderbar illustrierte Poster zeigt Kindern, Eltern und Pädagogen, wie sie mit einfachen Mitteln und ohne Schuldzuweisungen Mobbing stoppen können. Neue Auflage, DIN A1, farbig, mit Bild und Text, 2,50 €



Die Macht der Vergebung

Michael Henderson nimmt uns in diesem Buch mit auf die Reise durch mehrere Kontinente an die Brennpunkte der Konflikte und Kriege der letzten hundert Jahre. Er berichtet journalistisch über die erstaunlich vielen Projekte der Entfeindung. Das Buch spricht alle an, die von dem Wunsch erfüllt sind, dass die Ketten des Hasses durchbrochen werden. Übersetzt von Ingrid von Heisler, herausgegeben von Publik Forum, Oberursel 2007, Hardcover, 256 Seiten, ~~statt 14,90 €~~ zum **Weihnachtspreis von 9,90 €!**

Hintergrundpapier: Europa Zivil!

Zivile Konfliktbearbeitung ist ein Thema für die Europäische Union! Dieses Hintergrund- und Diskussionspapier ist in der Auswertung der Veranstaltungsreihe „Europa zivil!“ entstanden, die der BSV 2009 durchgeführt hat. Die Broschüre beinhaltet Berichte über die EU als Zivilmacht, verschiedene Facetten europapolitischer Friedensarbeit und ziviler Konfliktbearbeitung sowie wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen und Strukturen im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland und Europa. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 29, herausgegeben vom Bund für Soziale Verteidigung e.V., 24 Seiten, 2,50 €



Infoblatt: Kein Vorrang für Zivil!

Anlässlich der neuen NATO-Strategie hat der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) sein neues Infoblatt: „Kein Vorrang für Zivil - Die Politik der Bundesregierung in Zahlen“ vorgestellt. Das kostenlose Infoblatt vergleicht die Haushaltsentwicklung seit 2001 und belegt, dass im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung nach wie vor ein deutlicher Vorrang fürs Militär besteht. Dieser wurde und wird auch nicht abgebaut, wie die jüngsten Haushaltsentwicklungen zeigen. Infoblatt, herausgegeben vom Bund für Soziale Verteidigung e.V., 4 Seiten, kostenlos

Bitte senden Sie mir:

Name:
Straße:
Ort:
Telefon:
E-Mail:

- Praxishandbuch: No Blame Approach, Blum/Beck, 19,90 €
- Poster: Mobbing – Hinschauen und Handeln!, 2,50 €
- Die Macht der Vergebung, Henderson, ~~14,90 €~~ 9,90 €
- Hintergrundpapier: Europa Zivil!, 2,50 €
- Infoblatt: Kein Vorrang für Zivil!, kostenlos
- Infoblatt: Zivile Konfliktbearbeitung, kostenlos
- Infoblatt: Wege aus dem Krieg in Afghanistan, kostenlos
- Infoblatt: Backfire, kostenlos
- E-Mail-Newsletter des BSV

Kontakt: BSV, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019, info@soziale-verteidigung.de

Spendenkonto: Bund für Soziale Verteidigung e.V., Sparkasse Minden-Lübbecke, BLZ 49050101, Kto.-Nr. 89420814